

27.10.2022

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Sportausschusses

zu dem Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/985

**Nein zum Energie-Lockdown: Hallenbäder dürfen nicht zum Opfer einer verfehlten Energiepolitik werden!**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Bernhard Hoppe-Biermeyer

## Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 18/985 - wird abgelehnt.



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Antrag der Fraktion der AfD „Nein zum Energie-Lockdown: Hallenbäder dürfen nicht zum Opfer einer verfehlten Energiepolitik werden!“ (Drucksache 18/985) wurde am 28. September 2022 vom Plenum zur alleinigen Beratung an den Sportausschuss überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass nach über zwei Jahren Corona-Pandemie den Hallenbadbetreibern infolge der gefährdeten Gasversorgung nun die nächste Zwangsschließung drohe. Es stehe sogar der gesamte Betrieb infrage. Gleiches gälte für die tausenden ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder, die Rettungs-, Lehr- und Fachkräfteausbildung sowie für Rheuma-Patienten und Menschen mit Behinderung, die auf Therapiebecken angewiesen sind. Ein drittes Jahr mit stark eingeschränktem Hallenbadbetrieb würde daher zwangsläufig einen weiteren Zuwachs der Nichtschwimmer unter den Grundschulkindern nach sich ziehen. Jegliches Bemühen, den Rückstand der Pandemiejahre aufzuholen, wäre unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt. Und auch das Engagement der Ehrenamtler bzw. Rettungsschwimmer wäre bedroht.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert gemeinsam mit den Städten, Kommunen und Verbänden einen auf dem 3-Stufenplan der Bäderallianz basierenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der den Badbetreibern die Fortführung ihres Betriebs im Falle einer reduzierten Wärmeversorgung weiterhin ermöglicht. Im Rahmen des o.g. Maßnahmenkatalogs müsse ein Entlastungspaket für kommunal betriebene Hallenbäder in angemessenem Umfang auf den Weg gebracht werden. Ferner müsse sich u.a. auf allen Ebenen dafür eingesetzt werden, dass das Personal der aufgrund von Gasknappheit geschlossenen Hallenbäder mithilfe von Kurzarbeitergeld sowie Lohnaufstockungen an die betroffenen Bäder gebunden bleibe.

### **B Beratung**

Der Sportausschuss hat sich in seiner 2. Sitzung am 25. Oktober 2022 erstmalig und auch abschließend mit diesem Antrag befasst. In diesem Zusammenhang wird auf das Ausschussprotokoll APr. 18/39 verwiesen.

### **C Ergebnis**

Am 25. Oktober 2022 hat sich der Sportausschuss mit dem Antrag abschließend befasst und diesen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Bernhard Hoppe-Biermeyer  
Vorsitz